

04.12.1986

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**10/672 - 1**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,

Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Berichterstatter Abgeordneter Soénius CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 11 wird unverändert zugestimmt.

BerichtA Allgemeines

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Einzelplanes 11 in den Sitzungen am 24. September, 15. Oktober, 12. November und 3. Dezember 1986 beraten.

Änderungen ergaben sich dabei nicht. Während die Fraktionen von SPD und CDU bei der abschließenden Beratung am 3. Dezember 1986 keine Änderungsanträge stellten, fanden die von der Fraktion der F.D.P. vorgelegten zahlreichen Änderungsbegehren keine Mehrheit.

B Ergebnis der Beratungen

Im einzelnen beriet der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen folgende Haushaltsansätze:

- I. Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
- II. Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
- III. Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Freizeit
- IV. Kapitel 11 050 - Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau
- V. Kapitel 11 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau
- VI. Kapitel 11 080 - Staatshochbauverwaltung

- VII. Kapitel 11 100 - Institut für Landes- und Stadtentwicklungs-forschung
- VIII. Kapitel 11 200 - Landesprüfamt für Baustatik Düsseldorf
- IX. Kapitel 11 210 - Geschäftsstelle der ARGEBAU
- X. Kapitel 11 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl

Die SPD-Fraktion legte zu den Haushaltsberatungen 1987 keine Änderungsanträge vor. Demgegenüber brachte die CDU-Fraktion ursprünglich zwei Änderungsanträge ein, die sie jedoch nicht aufrecht erhielt. Zum einen handelte es sich dabei um einen Antrag zum Verzicht auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe, der unter Hinweis auf die Plenardebatte Ende November 1986 als erledigt erklärt wurde. Zum anderen erklärte der Sprecher der CDU-Fraktion, daß man den Antrag auf Erhöhung der Landesmittel für die Stadterneuerung jetzt nicht stellen werde, sondern vielmehr sich vorbehalte, den Antrag in einem erweiterten Umfang in die Plenardebatte zur 2. Lesung einzubringen.

Die F.D.P.-Fraktion legte ein umfangreiches Bündel von Änderungsanträgen zum Haushalt vor. Während die CDU-Fraktion in Einzelanträgen durchaus eigene Positionen wiederfand, denen man zustimmen könne, während in anderen Fällen dies nicht möglich sei, lehnte die SPD-Fraktion die Anträge geschlossen ab. Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Im einzelnen wurden folgende Anträge von der F.D.P.-Fraktion gestellt:

Kapitel	Titel	Kurzbezeichnung	Haushaltsansatz	Kürzung	Begründung in Stichworten
11 010	422 10	Bezüge der Beamten	20.000.000		Reduzierung des allein mit parteipolitischen Aufgaben befaßten Personals in den Führungsspitzen der Ressorts
11 010	425 10	Bezüge der Angestellten	9.291.000	1.000.000	
11 010	515 10	Geräte usw.	605.000	300.000	Sparhaushalt erfordert Zurückhaltung auch bei umzugsbedingten Neanschaffungen
11 010	517 10	Grundstücksbewirtschaftung	700.000	50.000	Trotz zusätzlicher Neuanmietung erscheint die Kostensteigerung insbesondere vor dem Hintergrund gesunkener Energiepreise überhöht
11 010	526 10	Sachverständige	426.500	200.000	Teil der überhöhten, konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung; Sparhaushalt gebietet Reduzierung der "querschnittsbezogenen, ressortinternen Forschung". Warum ist diese intern möglich?

Kapitel	Titel	Kurzbezeichnung	Haushaltsansatz	Kürzung	Begründung in Stichworten
11 010	527 10	Reisekosten	283.000	65.000	Sparhaushalt läßt Reisekostenersatzung (unter Berücksichtigung der Umressortierung) nur im Rahmen der Ergebnisse 1985 zu
11 010	812 10	Geräte etc.	210.000	60.000	Sparhaushalt erfordert Zurückhaltung auch bei umzugsbedingten Ersatz- und Ergänzungsanschaffungen
11 020	531 10	Öffentlichkeitsarbeit	261.000	200.000	Rückführung der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung auf ein dem Sparhaushalt angemessenes Maß
11 020	531 20	Veröffentlichungen	280.000		
11 020	685 20	Wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen	32.000	10.000	Teil der überhöhten, konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung
11 040	684 10	Förderung Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand	1.000.000	1.000.000	Keine Aufgabe der Landespolitik; Konzeption dieser Initiativen?

Kapitel	Titel	Kurzbezeichnung	Haushaltsansatz	Kürzung	Begründung in Stichworten
11 040	685 13	Wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit	350.000	250.000	Augenfälliges Beispiel für die überhöhte, konzeptionslose Gutachtenvergabe durch die Landesregierung
11 040	685 16	Zuwendungen an Siedlerbund, Fördervereine für Wohnwesen usw.	122.600	10.000	Sparhaushalt erlaubt Be-zuschußung allenfalls im Rahmen des Ergebnisses 1985
11 040	821 10	Grundstücksfonds Brachflächen	28.500.000	10.000.000	Sparhaushalt läßt angesichts der enormen Ausgaben der Vorjahre keine neuen Vorkaben in 1987 zu
11 040	821 20	Grundstücksfonds Ruhrgebiet	68.250.000	20.000.000	Sparhaushalt läßt neue Vorhaben nicht in dem beabsichtigten Rahmen zu
11 040	883 10	Städtebau Ruhrgebiet	34.250.000	4.250.000	zeitliche Streckung des Förderungsprogramms
11 040	883 30	Verkehrsberuhigung Ruhrgebiet	8.000.000	2.000.000	Sparhaushalt läßt Ausgabensteigerungen grundsätzlich nur in unabwiesbaren Sonderfällen zu; Streckung der Abwicklung des Restprogramms

Kapitel	Titel	Kurzbezeichnung	Haushaltsansatz	Kürzung	Begründung in Stichworten
11 040	531 70	Veröffentlichungen, Dokumentation und Informations-tagungen	290.000	200.000	geringerer Untersuchungsbedarf, daher Reduzierung der Veröffentlichungs- und Tagungskosten
	533 70		25.000		
11 040		Wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen (Stadtentwicklung)			Teil der überhöhten und konzeptionslosen Gutachtenvergabe durch die Landesregierung. Sparhaushalt läßt Untersuchungen vorhaben allenfalls im Rahmen des Ergebnisses 1985 zu
	536 70	- durch Dienststellen des Landes	470.000		
	685 70	- durch Dritte	3.500.000	1.700.000	
11 060	893 70	Zuschüsse Wohnungsbau	497.564.000	497.564.000	Angeichts der zwingenden Notwendigkeit eines Sparhaushaltes kann das Wohnungsbauprogramm insgesamt nur noch aus Mitteln des Landeswohnungsbauvermögens bestritten werden

Kapitel	Titel	Kurzbezeichnung	Haushaltsansatz	Kürzung	Begründung in Stichworten
11 080	gesam- tes Ka- pitel	Staatshochbauverwaltung	102.180.100	10.000.000	Ausgabenreduzierung als Folge der von der F.D.P. geforderten Privatisierung der noch der Staatshochbauverwaltung obliegenden Aufgaben
11 100	gesam- tes Ka- pitel	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung	6.009.300	600.000	Aufgabenstellung als eigenständiges Institut fragwürdig; konkrete Forschungsergebnisse lassen sich erheblich günstiger nutzbar machen. Kostenreduzierung als Folge der einzuleitenden Auflösung des Instituts
11 300	124 20	Einnahmen Schloß Augustsburg und Schloß Falkenlust in Brühl aus diplomatischen Empfängen	99.000	mehr: 50.000	Angemessene Erhöhung durch Änderung der Verträge mit dem Bund

C Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 11 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen fällt, mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion unverändert angenommen. Die CDU-Fraktion stimmte deshalb dagegen, weil der Etat ihrer Auffassung nach eine derartige Vielzahl von Ungereimtheiten aufweise, daß man ihm insgesamt nicht zustimmen könne. Dies wurde von der SPD-Fraktion als nicht zutreffend zurückgewiesen.

Trabalski  
Vorsitzender